

AUSWERTUNG

Koalitionsvertrag Niedersachsen

Berlin, 01. Dezember 2022

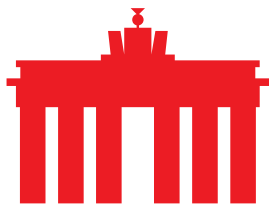
Am 9. Oktober 2022 wurde in Niedersachsen ein neuer Landtag gewählt. Die SPD mit Ministerpräsident Stephan Weil wurde mit leichten Verlusten erneut stärkste Partei und erreichte 33,4%. Die Grünen erreichten mit 14,5% ihr bestes Ergebnis bei einer Landtagswahl in Niedersachsen und gewannen 5,8% hinzu. Die FDP hingegen verlor 2,8% und schaffte es mit 4,7% nicht über die 5%-Hürde. Sie scheidet somit aus dem Landtag aus (Endergebnis: SPD: 33,4%, CDU: 28,1%, Grüne: 14,5%, AfD: 11%, FDP: 4,7%, Linke: 2,7%).

Nach der Wahl gingen SPD und die Grünen in gemeinsame Koalitionsgespräche und einigten sich auf einen Koalitionsvertrag, der am 07.11.2022 unterzeichnet wurde. SPD und die Grünen werden nun die bisherige Koalition aus SPD und CDU in Niedersachsen ablösen.

I. Neue Regierung

Stephan Weil wurde am 8. November erneut zum Ministerpräsidenten gewählt. Die neue Regierung besteht neben ihm aus fünf Ministerinnen und fünf Ministern.

Ministerpräsident	Stephan Weil (SPD)
Kultusministerium	Julia Hamburg (Grüne) – stellvertretende Ministerpräsidentin
Ministerium für Inneres und Sport	Boris Pistorius (SPD)
Ministerium für Wirtschaft, Bauen, Verkehr und Digitalisierung	Olaf Lies (SPD)
Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz	Christian Meyer (Grüne)
Ministerium für Finanzen	Gerald Heere (Grüne)
Ministerium für Justiz	Kathrin Wahlmann (SPD)
Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Miriam Staudte (Grüne)



Ministerium für Wissenschaft und Kultur	Falko Mohrs (SPD)
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung	Daniela Behrens (SPD)
Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und regionale Entwicklung	Wiebke Osigus (SPD)
Chef der Staatskanzlei	Dr. Jörg Mielke (SPD)

II. Koalitionsvertrag

Unter dem Motto „*Sicher in Zeiten des Wandels – Niedersachsen zukunftsfest und solidarisch gestalten*¹“ haben sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Niedersachsen auf einen Koalitionsvertrag für die nächsten fünf Jahre geeinigt.

In den nachfolgenden Abschnitten finden Sie eine Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen der künftigen Regierung in Niedersachsen zu Themen, die aus Sicht der Internetwirtschaft von besonderer Relevanz sind. Weitere Details sind dem Koalitionsvertrag zu entnehmen.

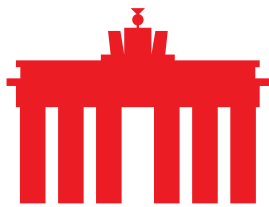
▪ **Digitalisierung**

Nach Ansicht der Koalition gehört die Digitalisierung, neben der Klimakrise, zu den großen Innovationstreibern (S.2) und findet sich als Querschnittsthema in vielen Kapiteln des Vertrags wieder. Die Koalition sieht Digitalisierung als eine Chance für die Gesellschaft und möchte mit einem Digitalplan „Niedersachsen Digital 2030“ einen Fahrplan erstellen, um die digitalen Potenziale nutzen zu können (S.38). Ziel soll es sein, eine fortschrittliche, krisenresistente und nachhaltige Wirtschaft sowie eine serviceorientierte Verwaltung zu schaffen. Der Koalitionsvertrag beinhaltet kein übergreifendes Kapitel zur Digitalisierung.

Einschätzung

Eine stringente Einschätzung dieses Punktes ist aus Sicht der Internetwirtschaft nicht möglich. Positiv ist festzuhalten, dass die Landesregierung sich einen Digitalplan als Aufgabe vorgenommen hat, mit dem Schwerpunkte und Zeitpläne abgebildet werden sollen. Ob dieser jedoch im Sinne einer stringenten und wirksamen Digitalisierung stehen wird, bleibt abzuwarten. Zudem sollten die

¹ https://www.spdnds.de/wp-content/uploads/sites/77/2022/11/Unser_Koalitionsvertrag.pdf



geplanten Maßnahmen mit bundespolitischen Projekten in Einklang stehen, um eine bundesweite Kohärenz der Digitalpolitik herzustellen.

▪ **Digitale Souveränität**

Die Niedersächsische Landesregierung möchte sich für eine europäische Souveränität im Hinblick auf Datensicherheit einsetzen (S.122). Sie will außerdem keinem Verkauf von kritischer Infrastruktur zustimmen und die Prüfung von kritischen Ausländischen Direktinvestitionen durch Bundes- oder Europabehörden aktiv unterstützen (S.27). Genauere Angaben zu den Plänen finden sich allerdings nicht im Koalitionsvertrag.

Einschätzung

Grundsätzlich ist der Einsatz für eine wirksame digitale Souveränität begrüßenswert. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich die Pläne zur Begleitung von ausländischen Direktinvestitionen auf Unternehmensgründungen und Start-Ups auswirken. Die Internetwirtschaft ist stark global vernetzt und vor diesem Hintergrund sollte hier mit Augenmaß geprüft werden.

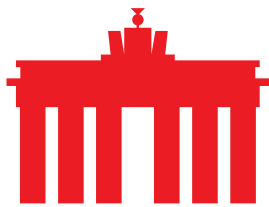
▪ **Datenpolitik und Datenschutz**

Die Koalition hat sich vorgenommen, Daten in vielen Bereichen zu nutzen und ihre Verfügbarkeit zu verbessern. Forschungsdaten und -ergebnisse sollen auch außerhalb der akademischen Welt zugänglich, auffindbar und nutzbar gemacht werden (S.79). Open Access und Open Science will die Landesregierung daher stärken (S.76).

In der Landwirtschaft sieht die Koalition großes Potenzial durch eine Nutzung von Daten. Datenanalysen können zu einer personalsparenden Arbeitsweise beitragen, den Einsatz von Ressourcen verringern und lassen sich zudem zur Steigerung des Tierwohls nutzen. Ziel soll es sein, eine datenschutzkonforme Nutzung von gesammelten Daten zu ermöglichen und den Schutz der Daten von Landwirt:innen zu verbessern (S.56).

Auch bei der Anpassung an die Klimafolgen sollen Daten, nach dem Willen der Koalition, eine größere Rolle spielen. Die Koalition will eine Open-Data Kultur gefördert werden, gerade auch im öffentlichen Sektor (S.7). Daten sollen etwa genutzt werden können, um die Klimateffizienz zu steigern. Kommunen, Land- und Wasserwirtschaft sollen zudem mit der Bereitstellung von aktuellen und landesweiten Datengrundlagen unterstützt werden, um etwa Konzepte zur Starkregenvorsorge weiterentwickeln zu können (S.13).

Die Koalition hat sich vorgenommen, Bewusstsein für Datenschutz, im Rahmen einer Steigerung der Digitalkompetenz, stärker an Schulen zu vermitteln (S.65). Es soll außerdem geprüft werden, ob es eine Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes braucht (S.105).



Einschätzung

eco sieht die verschiedenen Ansätze zur Bereitstellung von Daten und die Vermittlung von Datenkompetenz an Schulen als positive Ansätze für die Datenpolitik eines Bundeslandes. Die Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes sollte nicht zu einer stärkeren Zersplitterung bei der Durchsetzung der DSGVO führen.

▪ **Klima und Umwelt**

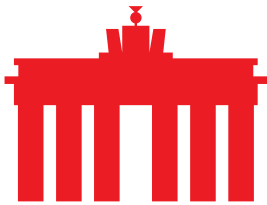
Die neue Koalition in Niedersachsen bezeichnet die klimaverträgliche Erzeugung von Strom und Wärme, Steigerung der Energieeffizienz und den Ausbau der nötigen Energieinfrastruktur als Maßnahmen im überragenden öffentlichen Interesse und möchten dies rechtsverbindlich verankern (S.5). Niedersachsen soll seinen Energiebedarf bis spätestens 2040 zu 100% aus erneuerbaren Energien decken und bis 2035 mindestens 90% erreichen (S.8). Die Koalition unterstützt zudem das Ziel der Bundesregierung, den Kohleausstieg idealerweise auf 2030 vorzuziehen. Den Ausstieg aus der Atomenergie bezeichnet sie als unumkehrbar (S.10). Als Ausgleich soll der Ausbau von erneuerbaren Energien massiv beschleunigt und Energiesparmaßnahmen vorangetrieben werden (S.7).

Um die Energiewende voranzutreiben, sollen Verteil- und Energienetze deutlich ausgebaut werden. Damit dies gelingt, sollen Genehmigungsverfahren vereinfacht, beschleunigt und digitalisiert werden (S.8). Um Lasten flexibler zu steuern und Verbrauchs- sowie Erzeugungsspitzen abzufedern, sollen dabei insbesondere Smart Grids ausgebaut werden. Daneben soll auch der Ausbau von Energiespeichern vorangetrieben werden (S.9).

Öffentliche und privatwirtschaftliche Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen sollen von einem Wirtschaftsförderungsfond aufgestockt werden, um eine Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen abzusichern (S.6).

Einschätzung

eco begrüßt grundsätzlich den beschleunigten Ausbau von erneuerbaren Energien. Insbesondere ist es wichtig, dass Kapazitäten wie beispielsweise die in Kürze vom Netz gehenden Braunkohlekraftwerke oder Kernkraftwerke nachhaltig ersetzt werden, um eine grundlastfähige Versorgung mit grünem Strom sicherstellen zu können. Gerade für Rechenzentren und die IT-Infrastruktur ist dies von höchster Bedeutung. Es ist zudem zu begrüßen, dass Genehmigungsverfahren für Energieinfrastruktur vereinfacht und beschleunigt werden sollen. Insbesondere mit Hinblick auf die Nutzung von Abwärme in Nah- und Fernwärmenetzen muss Infrastruktur ausgebaut und neu geschaffen werden.



▪ **Digitale Infrastrukturen**

Die Koalition sieht das schnelle Internet als Teil der Daseinvorsorge und will sich für die Beschleunigung des Ausbaus von Gigabitinfrastruktur einsetzen. Für den Ausbau von Glasfaseranschlüssen, die bis in die Gebäude reichen, sollen laut der Koalition Genehmigungsverfahren digitalisiert, vereinfacht und beschleunigt werden. Open Access in Glasfasernetzen soll für mehr Transparenz und Wettbewerb sorgen, für deren Strukturen sich die Landesregierung einsetzen will. Die Koalition will die Graue-Flecken-Förderung optimieren und die Kommunen bei der Breitbandziele unterstützen, indem das Breitbandzentrum Niedersachsen (BZNB) zu einer Landesnetzagentur ausgebaut wird (S.39).

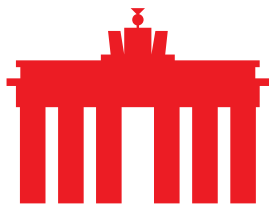
Im Bereich des Mobilfunks hat sich die Koalition das Ziel gesetzt, Funklöcher in Niedersachsen zu beseitigen. Netzbetreibern soll hierfür regionales Roaming ermöglicht werden. Es soll im ganzen Land ein solcher Mobilfunkstandard geschaffen werden, der den verlässlichen Austausch von Daten oder Telefonieren gewährleistet (S.39). Der wirtschaftliche Erfolg der Seehäfen in Niedersachsen soll durch eine Anbindung an symmetrische Gigabitnetzanschlüsse und an das 5G Mobilfunknetz sichergestellt werden (S.37).

Einschätzung

eco begrüßt das Vorhaben der Koalition, sich für mehr Geschwindigkeit und bessere Rahmenbedingungen beim Glasfasernetzausbau zu sorgen. Für die Beschleunigung des Ausbaus wäre es zudem wünschenswert, wenn sich die Landesregierung für den Einsatz alternativer Verlegemethoden ausdrücklich aussprechen würde. In dem Koalitionsvertrag ist nicht ersichtlich, wie die Landesstrategie des Ausbaus digitaler Infrastrukturen mit der Gigabitstrategie des Bundes im Einklang gebracht wird.

Es ist ebenfalls zu begrüßen, dass sich die Koalition für Optimierung von Förderung von Grauen Flecken einsetzen will. Gleichzeitig muss der, privatwirtschaftlichen Glasfaserausbau von möglichen Verdrängungen durch öffentliche Förderung geschützt werden.

Die Landesregierung will für eine flächendeckende Mobilfunkversorgung sorgen und Mobilfunklücken schließen. Es bedarf allerdings eine gemeinsame Anstrengung und Bündelung der Kräfte zwischen den Bundesländern, da unkoordinierter Ausbau der öffentlichen Mobilfunknetze und des Bahnfunknetzes mit hohen Kosten verbunden ist. Kaum im Fokus des Koalitionsvertrags steht die Förderung von Netztechnologien und mithin der Einsatz von 5G Technologie in Campus-Netzen für die Entwicklung von Industrie 4.0.



▪ **Digitalisierung und Nachhaltigkeit // Green IT**

Die neue Landesregierung hat sich vorgenommen, Digitalisierung verstärkt auch nach Nachhaltigkeitsaspekten auszurichten. Insbesondere bei der Beschaffung des Landes sollen verstärkt Aspekte des Klima- und Ressourcenschutz beachtet werden (S.99). Die Beschaffung soll in Zukunft wirtschaftlich, sozial und ökologisch ausgerichtet werden, aber weiterhin Chancen für den Mittelstand bieten (S.28). Außerdem sollen dabei auch Kriterien wie Langlebigkeit und Reparierbarkeit berücksichtigt werden (S.18-19).

Die rot-grüne Koalition möchte zudem eine Green-IT Strategie auflegen. Im Zuge dessen sollen alle Digitalisierungsprogramme des Landes auf Klimaneutralität ausgerichtet werden. Der CO₂-neutrale Um- und Ausbau von Rechenzentren soll unterstützt werden. Neue Rechenzentren sollen zukünftig klimaneutral betrieben werden (S.99).

Die Landesregierung setzt sich für die Einrichtung von Reparatur-Cafés nach dem Vorbild Thüringens ein, in denen Geräte repariert werden können. Für einige Geräte soll es zudem einen Reparaturbonus geben. Es sollen zudem Modelle für die längere Nutzbarkeit von Elektrogeräten unterstützt werden, um Elektroschrott zu vermeiden (S.44).

Einschätzung

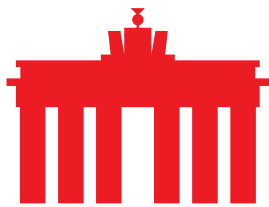
eco begrüßt grundsätzlich die seitens der Niedersächsischen Landesregierung formulierten Vorhaben in Bezug auf nachhaltige Digitalisierung. Im Rahmen der Green-IT Strategie könnten insbesondere die Potenziale von Green Coding mehr Aufmerksamkeit erhalten.

Um die Klimaneutralität und Nachhaltigkeitspotenziale der RZ-Branche ganzheitlich zu erfassen, bedarf es eines differenzierten Ansatzes. Aufgrund der unterschiedlichen Leistungsanforderungen von verschiedenen RZ-Geschäftsmodellen ist hier eine one-size-fits-all Ansatz wenig zielführend.

Um zudem Klimaneutralitätspotentiale der IT-Branche besser zu erkennen und um Synergien effektiv auszunutzen, ist ein fairer und verhältnismäßiger Regulierungsrahmen erforderlich. Es ist notwendig einen Koordinierungsrahmen zu schaffen, sodass bspw. eine Abwärmenutzungsplanung verbindlich und unter Einbezug aller relevanten Stakeholder durchgeführt werden kann.

▪ **Digitale Wirtschaft und Start-ups**

Die Wirtschaft soll bei den Transformationsprozessen im Hinblick auf die Klimakrise und die Digitalisierung unterstützt werden. Dazu soll die Digitalagentur



Niedersachsen zu einer Serviceagentur für den Mittelstand werden. Zudem soll die Wirtschaft besser vernetzt werden, auch durch den Ausbau der „Digitalisierung-Hubs“. Die Koalition plant in diesem Bereich sowohl eine Digital- als auch eine Innovationsstrategie. Der Digitalbonus Niedersachsen soll auf innovative Technologien ausgerichtet werden. Dabei handelt es sich um einen Zuschuss zu Investitionen in Digitalisierung, der von der Investitions- und Förderbank des Landes Niedersachsen (NBank) ausgezahlt wird. Außerdem soll ein System von „Digitalisierungslotsen“ etabliert werden. Zur Ausbildung von Mitarbeiter:innen sollen berufliche Weiterbildungen mit dem Schwerpunkt Digitalisierung gefördert werden (S.39).

Die Koalition hat sich zudem vorgenommen, Gründungen und Start-ups zu unterstützen. Niedersachsen soll ein führender Standort für Start-ups in Deutschland und Europa werden. Die Start-up-Strategie des Landes soll unter Einbeziehung aller Stakeholder weiterentwickelt werden. Diese Strategie soll durch das Innovationszentrum Niedersachsen mit Unterstützung des Start-up-Beirats umgesetzt werden. Gründungsverfahren sollen vereinfacht und das Förderdarlehensprogramm mit deutlich höheren Mitteln ausgestattet werden. Auch der Wachstumsfonds der NBank soll Wagniskapital bereitstellen und private Investitionen ermutigen. Insgesamt soll die Gründungsquote verdoppelt werden, auch durch stärkere Vermittlung von Entrepreneurship an Hochschulen. Einen besonderen Fokus will die Landesregierung dabei auf Gründungen im Bereich Green-Tech, KI, Smart Farming, smarte und nachhaltige Mobilität, Kommunikation und Gesundheit (S. 39-40).

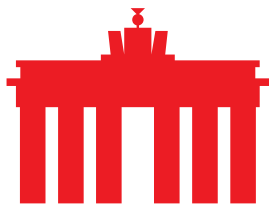
Auf Bundesebene möchte sich die neue Landesregierung für eine faire Besteuerung von Digitalkonzernen einsetzen (S. 134).

Einschätzung

Der Koalitionsvertrag baut auf etablierten Strukturen auf und erweitert diese. Grundsätzlich ist dieser Ansatz positiv. Unklar bleibt, wie genau das Land Niedersachsen in Bezug auf eine Besteuerung von Digitalkonzernen hinwirken möchte. Hier könnte Konfliktpotential entstehen. Nationale Alleingänge bei der Besteuerung von digitalen Unternehmen und Geschäftsmodellen sind schädlich.

▪ **Digitaler Staat und Entbürokratisierung**

Die Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, dass in Zukunft alle Bürger:innen zentrale Verwaltungsdienstleistungen des Landes oder der Kommunen digital nutzen können. In Abstimmung mit den Partner:innen auf Bundesebene soll einheitliches Serviceportal mit allen EFA-Leistungen zur Verfügung gestellt werden. Dieses soll mit Open Source und einer zentralen Softwareverwaltung betrieben werden. Zur Beschleunigung von Planungsprozessen und zur besseren behördenübergreifenden



Zusammenarbeit sollen digitale Plattformen geschaffen werden (S.99). Der Handlungsplan „Digitale Verwaltung Niedersachsen“ soll mit einem stärkeren Fokus auf durchgängige, automatisierte Verwaltungsprozesse unter Einsatz von KI oder Cloud weiterentwickelt werden. Dazu plant die Landesregierung in einer Landescloud Produkte wie etwa Kollaborationstools anzubieten.

Zudem möchte die Landesregierung die Digitalkompetenz der Landesverwaltung erhöhen. Um IT-Fachkräfte anzuwerben, soll zudem die Vergütung in der Verwaltung wettbewerbsfähig gestaltet werden und außerdem die Ausbildungs- und Studienangebote im IT-Bereich ausgebaut werden (S.100).

Einschätzung

Die im Koalitionsvertrag enthaltenen Ziele und Vorhaben liegen im Rahmen derer anderer Bundesländer in der jüngeren Vergangenheit. Es bleibt abzuwarten, inwieweit der Handlungsplan „Digitale Verwaltung Niedersachsen“ hier zusätzliche Impulse und Anregungen für eine weitere Digitalisierung in der Verwaltung setzt.

▪ **Games-Wirtschaft**

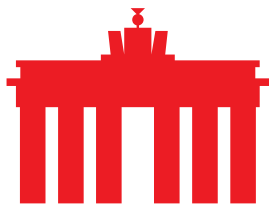
Nach Ansicht der neuen Landesregierung ist die Games-Branche ein wichtiger und zudem wachsender Wirtschaftsfaktor. Die Koalition sieht darin eine Chance für Niedersachsen und möchte diese nutzen und die Games-Branche nachhaltig stärken. Die Games-Förderung soll dafür aufgestockt werden und zudem prüfen, ob es ergänzende Wirtschaftsförderung gezielt für die Games-Branche geben kann (S.128).

Einschätzung

Die Gameswirtschaft setzt in vielerlei Hinsicht durch ihre Anforderungen an Latenzen, und Konnektivität Maßstäbe für digitale Infrastrukturen. Ihre Förderung ist daher im Sinne der Internetwirtschaft.

▪ **IT-Sicherheit**

Eine umfassende Cybersicherheitspolitik ist ein Kernanliegen der Koalition (S.104). Es ist geplant, die Datensicherheit unter Einbeziehung von Kommunen und der kritischen Infrastruktur erhöhen. Die Zentralstelle für Informationssicherheit soll zu einem Cybersicherheitszentrum ausgebaut werden. Für die Bürger:innen soll es Schulungen zum Thema Cybersicherheit angeboten werden (S.100).



Einschätzung

Die Ansätze im Bereich der IT-Sicherheit sind positiv und setzen insbesondere auf direkte Kommunikation mit Bürger:innen und die Sicherung der landeseigenen digitalen Infrastrukturen.

▪ **Innere Sicherheit und Strafverfolgung im Netz**

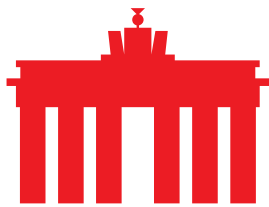
Die Koalition möchte die IT-Kompetenzen der Polizei steigern und ihre Ermittlungskompetenz im Internet stärken. Dazu sollen zusätzliche IT-Expert:innen in den spezialisierten Fachdienststellen eingestellt werden. Der Quereinstieg soll zudem erleichtert und die Eingruppierung attraktiver gestaltet werden. Um den steigenden Kriminalitätsraten im digitalen Raum zu begegnen, sollen die Fähigkeiten der Polizei zur digitalen Ermittlung gestärkt werden und den Behörden die nötige Ausrüstung zur Verfügung gestellt werden (S.103). Das Internet könne kein rechtsfreier Raum sein. In einem ersten Schritt ist geplant, die Hardware für eine digitale Asservatenkammer zu beschaffen. Der Einsatz von KI und effizienteren Analysetools sollen zudem zum besseren Auffinden von digitalen Spuren zum Einsatz kommen.

Beim Kampf gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern will die Koalition der Polizei zusätzliche personelle, finanzielle und technische Ressourcen zur Verfügung stellen. Durch den Einsatz von KI will die Landesregierung die Polizei bei der Auswertung von Datenträgern entlasten. Innerhalb der Polizei soll zudem Schulungen und Coachings dazu beitragen, die Sensibilität für das Thema zu erhöhen. Die Empfehlungen der Enquetekommission Kinderschutz sollen konsequent umgesetzt werden (S.104).

Die Koalition sieht zudem eine zunehmende Verrohung im Internet und eine Verlagerung von Straftaten in den Cyberraum. Die Koalition möchte dem mit einer landesweiten Aus- und Fortbildungsoffensive im Bereich der Hasskriminalität begegnen. Der zunehmende Hass im Internet sowie die Verbreitung von Fake News stelle zudem eine Gefahr für die Demokratie dar, der begegnet werden muss (S.104). Die Verbreitung von Hasskommentaren soll daher konsequent verfolgt werden und das öffentliche Interesse soll zudem bei Hass-Straftaten grundsätzlich bejaht werden. Die Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität bei der Staatsanwaltschaft Göttingen soll deutlich gestärkt werden (S.114).

Die neue Landesregierung will zudem klare und transparente Regeln für die Videoüberwachung im öffentlichen Raum schaffen. Dazu soll auch eine Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes geprüft werden (S.105).

Die Justiz soll für digitaler und für die Bürger:innen leichter zugänglich werden. Verhandlungen sollen zudem auch online oder hybrid durchgeführt werden können. Die Chancen von KI, Legal Tech und algorithmenbasierten



Entscheidungsprozessen sollen genutzt werden, um richterliche Entscheidungen vorzubereiten und zu unterstützen (S.111).

Einschätzung

Die Ansätze bei der Inneren Sicherheit und der Strafverfolgung im Netz bewegen sich im Rahmen dessen, was aus Sicht der Internetwirtschaft vertretbar ist. Positiv zu bewerten ist, dass keine neuen Überwachungsbefugnisse oder Speichervorgaben geschaffen werden sollen. Unklar ist, wie der Einsatz von KI an dieser Stelle zur Identifikation von Spuren und Indizien hier mit diesen abstrakt positiven Ansätzen in Einklang steht.

▪ **Zukunftstechnologien**

Die Forschung an Zukunftstechnologien soll gefördert werden, dabei hebt die Koalition insbesondere Quantentechnologien und KI hervor. Das Quantum Valley Lower Saxony habe sich als Standort für Quantentechnologien bundesweit etabliert. Diese Kooperation soll weiter gefördert und ausgebaut werden. Niedersachsen soll sich zudem zu einem international sichtbaren, exzellenten Wissenschaftsstandort für KI etablieren (S.78). Die Landesregierung will zudem einen Innovationsrat gründen und das Innovationssystem extern begutachten lassen (S.76).

Einschätzung

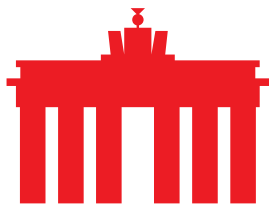
Die Investition in KI sieht eco positiv für die Digitalisierung. Externe Expertise hilft der Politik, eigene Defizite zu erkennen und zu beseitigen.

▪ **Mobilität**

Im Bereich der Mobilität strebt die Koalition in Niedersachsen eine Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern an. Die freie Wahl von Verkehrsmitteln soll gefördert werden und dabei die Chancen der Digitalisierung genutzt werden (S.30).

Einschätzung

Positiver Ansatz, allerdings zu unkonkret, um eine Einschätzung abgeben zu können.



▪ **(Weiter-)Bildung und Arbeit**

Die Koalition plant, die Kompetenzen der Bürger:innen im Bereich der Digitalisierung zu stärken und dem Thema in Schulen, Hochschulen und in der Erwachsenenbildung eine größere Priorität einräumen. In den Schulen soll der Einsatz von digitalen Medien zur Normalität werden. Medienbildung, IT-Sicherheit und Datenschutz sollen Teil des Unterrichts werden. Dafür sollen den Schüler:innen mindestens ab der Jahrgangsstufe 8 digitale Endgeräte zur Verfügung gestellt werden. Daneben wollen SPD und Grüne ein Leitbild für „Lernen mit digitalen Medien“ entwickeln. Lehrkräfte sollen zusätzlich im Bereich der digitalen Kompetenzen qualifiziert werden, auch schon im Studium an den Hochschulen. Die begonnene flächendeckende Einführung des Informatikunterrichts soll fortgesetzt werden. Die Mittel aus dem Digitalpakt sollen schneller abgerufen werden und flächendeckend an die Schulen kommen (S.65).

Auch Berufsbildende Schulen sollen eine moderne, digitale Ausstattung bekommen. Die Landesregierung möchte sich bei einem Digitalpakt 2.0 dafür einsetzen, dass Berufsbildende Schulen mitgedacht werden (S.72).

Die Digitalisierungsstrategie und -struktur der Hochschulen sollen unter dem Dach der „Hochschule.digital Niedersachsen“ vorgebracht werden. Im Bereich der Erwachsenenbildung will die Koalition das Projekt „Digital Campus Niedersachsen“ unterstützen, um digitale Kompetenzen der Bürger:innen zu stärken (S.79).

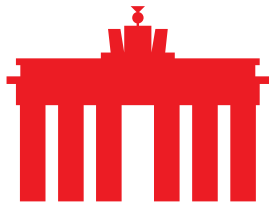
Einschätzung

Die Bemühungen um die Digitalisierung sind grundsätzlich positiv. Wünschenswert wäre ein früherer Einstieg in die digitale Bildung als JG Stufe 8. Neben Medien- und Datenkompetenz wäre auch technische IT-Kompetenz wünschenswert.

III. Einschätzung und Bewertung

Mit dem vorliegenden Koalitionsvertrag legen SPD und Grüne einen insgesamt nachvollziehbaren Plan für ihr Handeln in Niedersachsen in den nächsten fünf Jahren fest. Besonders beim Thema Digitalisierung bleibt der Vertrag allerdings an vielen Stellen sehr vage. Positiv zu bewerten ist aus Sicht der Internetwirtschaft, dass die Digitalisierung als Innovationstreiber wahrgenommen wird. Die Wirtschaft soll beim digitalen Wandel unterstützt werden, Start-ups und Zukunftstechnologien, wie etwa KI, sollen gefördert werden. Zudem will die Koalition digitale Kompetenzen in der öffentlichen Verwaltung stärken und in Schulen und Ausbildungsberufen stärker vermitteln. Diese Ankündigungen gilt es nun konsequent umzusetzen.

Gleichzeitig lassen die vagen Aussagen zu vielen Themen der neuen Landesregierung einen großen Spielraum zur Interpretation. Themen wie die Haltung zu einer Vorratsdatenspeicherung oder neue Befugnisse für Ermittlungsbehörden werden zudem in dem Vertrag nicht adressiert. Im Bereich



der nachhaltigen Digitalisierung wird es zudem darauf ankommen, die Nachhaltigkeitspotenziale von Rechenzentren ganzheitlich zu erfassen und sie auf dem Weg zur Klimaneutralität angemessen und zielgenau zu unterstützen.

Aus Sicht der Internetwirtschaft wird es jetzt auf die Umsetzung und Ausgestaltung des Vertrages ankommen. Dabei sollte eine Kohärenz mit den verschiedenen digitalpolitischen Vorhaben auf europäischer und nationaler Ebene angestrebt werden.

Über eco: Mit über 1.100 Mitgliedsunternehmen ist eco der größte Verband der Internetwirtschaft in Europa. Seit 1995 gestaltet eco maßgeblich das Internet, fördert neue Technologien, formt Rahmenbedingungen und vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Politik und in internationalen Gremien. Leitthemen sind Zuverlässigkeit und Stärkung der digitalen Infrastruktur, IT-Sicherheit und Vertrauen sowie Ethik und Selbstregulierung. Deshalb setzt sich eco für ein freies, technikneutrales und leistungsstarkes Internet ein.